

[FDP-Ortsverband Dorsten · Schollbrockstr.32 · 46284 Dorsten](https://www.fdp-dorsten.de)

An die Mitglieder des
FDP-Ortsverbandes Dorsten
z.K. FDP Kreisverband Recklinghausen

Dorsten, 23.01.2023
Thomas Boos
Vorsitzender
vorsitzender.dorsten@freie-
demokraten.de
www.dorsten.freie-demokraten.de
FDP-Ortsverband Dorsten
Schollbrockstr. 32
46284 Dorsten
T: 02362 77227

Einladung zum ordentlichen Ortsparteitag 2023

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

hiermit lade ich Sie auf Beschluss des Vorstandes des FDP-Ortsverbandes Dorsten gemäß § 7 (3) der Satzung recht herzlich zu unserem

ordentlichen Ortsparteitag im Jahre 2023

ein.

Zeit: Mittwoch, den 22.02.2023, Beginn 19:00 Uhr

Ort: Hotel Albert

Borkener Straße 199

46284 Dorsten

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und satzungsrechtliche Feststellung
2. Wahl einer Versammlungsleitung
3. Wahl eines/er Protokollführer/in
4. Wahl einer Stimmzählkommission
5. Geschäftsbericht und politischer Rechenschaftsbericht des Vorstandes
6. Rechenschaftsbericht des Schatzmeisters
7. Bericht der/s Kassenprüfer/in
8. Bericht des FDP-Mitgliedes im Rat der Stadt Dorsten
9. Aussprache zu den Berichten
10. Genehmigung des Rechenschaftsberichtes des Schatzmeisters

Kontoverbindung des Ortsverbandes:

Volksbank Dorsten eG, IBAN: DE82 4246 1435 0176 4352 00, BIC: GENODEM1KIH

11. Beratung und Beschlussfassung von Anträgen
s. Anlage
12. Verschiedenes
13. Schlusswort des Vorsitzenden

Satzungsrechtliche Hinweise zur Stimmberechtigung:

Der Parteitag ist öffentlich. Gäste sind herzlich willkommen. Es ist ausreichend Raumkapazität vorhanden.

Stimmberechtigt und wählbar sind alle nach § 3 der Satzung angehörigen Mitglieder des FDP-Ortsverbandes Dorsten, soweit sie gem. § 8 (2) zum Zeitpunkt des Ortsparteitages mit der Beitragszahlung nicht mehr als drei Monate rückständig sind. Das Stimmrecht kann nicht übertragen werden.

Der ordnungsgemäß einberufene Ortsparteitag ist gem. § 9 (3) ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Die Beschlussfähigkeit ist nicht mehr gegeben, wenn die Hälfte, der bei Beginn des Parteitages festgestellten Zahl der anwesenden Mitglieder, unterschritten wird.

Anträge müssen dem Vorstand sieben Tage vor dem Tagungsbeginn vorliegen. Anträge sind auch dann zu zulassen, wenn die Mehrheit der am Parteitag anwesenden stimmberechtigten Mitglieder zustimmt.

Ich freue mich auf eine rege Teilnahme unserer Mitglieder und Sie alle persönlich wieder einmal auf einer Veranstaltung unserer Partei persönlich begrüßen zu können

Mit liberalen Grüßen

Thomas Boos

Vorsitzender der FDP-Ortsverbandes Dorsten

Beschlussantrag zum Thema „Deutsch als Amtssprache“

In einem vom FDP-Präsidium in diesem Sommer beschlossenen Zehn-Punkte-Programms zur Zuwanderung von Fachkräften wurde die Forderung erhoben, in deutschen Behörden Englisch als zweite Verwaltungssprache einzuführen. Dieser Beschluss folgt der Linie von Graf Lambsdorf, der diese Forderung schon früher erhoben hat.

Angesichts der sich dadurch andeutenden politischen Denkrichtung stelle ich den Antrag, der Dorstener Ortsverband der FDP möge auf seinem Stadtparteitag beschließen:

Der Ortsverband Dorsten fordert und wirkt darauf hin, dass alle übergeordneten Beschlussgremien der Partei - Kreis, Bezirk, Land und Bund - Konzepte entwickeln, wie der Standort Deutschland für qualifizierte Fachkräfte attraktiv gemacht und eine langfristige kulturelle und sprachliche Integration erleichtert werden kann. Dabei ist der Erhöhung der Standortattraktivität durch herausragende Kompetenz und Leistungsfähigkeit sowie richtungweisende Projekte besondere Beachtung zu schenken und im Zweifel gegenüber einer Senkung der Anspruchskriterien der Vorzug zu geben. Der Ortsverband Dorsten weist den Gedanken einer zweiten Verwaltungssprache zurück und fordert alle übergeordneten Gremien auf, den Wert von Deutsch als Amtssprache nicht zu schmälern.

Aus folgenden Gründen:

Fachkräfte sind zur Sicherung unseres Wohlstandes unverzichtbar. Nur durch überdurchschnittliche Fähigkeiten können wir in der Spitzengruppe der Industrienationen verbleiben. Dies erreichen wir, indem wir überdurchschnittlich Befähigten Gründe liefern, zu uns zu kommen, nicht indem wir die Zugangsvoraussetzungen für Schwächere erleichtern.

Die Einführung von Englisch als zweiter Amtssprache würde Zeichen in eine Richtung setzen, die eher durch offene Fragen markiert ist denn durch Erfolgsgarantien. Sind Englisch sprechende Ausländer a priori die besseren Fachkräfte oder eher solche, die schnell und bereitwillig Deutsch lernen, egal woher sie kommen?

Warum soll die Mehrheit der Einwanderer, die weder Englisch noch Deutsch können, benachteiligt oder diskriminiert werden? Qualifizierte Arbeitskräfte kommen erfahrungsgemäß eher aus Ost- oder Südosteuropa. Mehrsprachigkeit ist Trumpf - auf beiden Seiten, nicht nur auf deutscher.

Warum sollen zehntausende Beamte Englisch lernen, damit ein paar Tausend Einwanderer, die nicht willens oder fähig sind, Deutsch zu lernen, sich hier heimisch machen können?

Ist das ein angemessenes Aufwand / Nutzen-Verhältnis?

Wenn Deutsche im öffentlichen Dienst mehr oder weniger gut Englisch sprechen, sagt das irgendetwas über die tatsächliche Willkommenskultur aus, insbesondere angesichts der Tatsache, dass die Mehrheit der Einwanderer kein Englisch kann?

Auf welcher Basis steht eine englischsprachige Verwaltung, die ihr Handeln mit deutschsprachigen Gesetzen begründen muss? Kann dieser Verwaltungsakt überhaupt rechtsgültig sein, da der Empfänger ja auf Englisch angesprochen wird, weil er offensichtlich kein Deutsch versteht?

Sprache ist Identität. Müssen wir für ein paar Tausend lernunwilliger oder -unfähiger Immigranten das Kernelement unserer Identität in Frage stellen lassen, auf die allgemeine Akzeptanz und Gültigkeit unserer Sprache verzichten?

Das, was die FDP fordert, ist an vielen deutschen Universitäten bereits umgesetzt. Lehre und Forschung sollen auf Englisch erfolgen, was manchmal eher schlecht als recht klappt. Das Ergebnis sind ausländische Studenten, die sich ein paar Jahre in Deutschland aufhalten, ohne irgendwelche Beziehungen zu ihrer weiteren gesellschaftlichen Umwelt aufzubauen. Sie leben in Sprach- und Kulturkreisblasen, ohne irgendeine innere Bildung zu ihrem Gastland aufzubauen. Nach ein paar Jahren gehen sie wieder, und das war's. Ganz anders als frühere ausländische Studenten, die einen Sprachtest bestehen mussten, um sich immatrikulieren zu können. Diese Studenten blieben auch später wesentlich eher der deutschen Wirtschaft und deutschen Kulturkreisen im Ausland erhalten, arbeiteten bevorzugt bei deutschen Firmen im Ausland.

Das andere Ergebnis sind deutsche Studenten, die durch diese sprachliche Vorbereitung bevorzugt im englischsprachigen Ausland arbeiten und nicht selten dahin auswandern. Nicht umsonst sind die USA das zweitbeliebteste Auswanderungsland. Man kann sich nun überlegen, ob man durch diese Praxis mehr Fachkräfte gewinnt als verliert, und zwar die Befähigteren, die in der Lage sind, Sprachhürden zu überwinden statt sie zu verweigern oder an ihnen zu scheitern.

Wenn man die hier erkennbaren Erfahrungen mal auf die Gesamtgesellschaft überträgt, die die FDP mit einer zweiten Amtssprache beglücken will, erkenne ich eine gesplattene Gesellschaft von Menschen, die weiterhin in ihrer Sprachblase leben wollen und sicherlich bestrebt sein werden, diese samt ihrem Einfluss zu erweitern und der restlichen Mehrheit. **Hier werden die Grundlagen für eine gesplattene Gesellschaft gelegt.** Ich kenne kein mehrsprachiges Land, in dem es keine Reibereien zwischen den Sprachgruppen gibt. Als Beispiel können wir uns Belgien vor Augen führen oder den Balkan, wo Politik sich häufig auf die Vertretung ethnischer Interessen reduziert.

Ist uns das der Glaube an diesen Weg zu etwas mehr Wohlstand wert? Dieser Glaube der FDP entbehrt bisher noch jeglicher Untermauerung durch gesicherte Fakten. Wollen wir das wirklich?

Daher ist auf Kreisverbandsebene und allen weiteren Ebenen darauf hinzuwirken, diesen Punkt des Zehnpunkteprogramms zu kritisieren und die ersatzlose Streichung zu fordern.

Mein Kommentar dazu in flüssigem FDP-Denglisch: Denken first - Bedenken second.

Setzen wir uns für eine deutsche Sprache ein, die den Namen verdient und sich durch eigene Schöpferkraft weiterentwickelt und nicht durch Nachplappern von fremden Vokabeln, die den intellektuellen Horizont einer einzigen Fremdsprache nicht

überschreiten.

Dorsten, 28.12.22

gez. H.-J. Thelen